

# **Fachgespräch Kommunalpolitische Bildung am 7.11.2014 in Berlin: *eine Kommentierung***

*Wilfried Kruse (18.11.2014)*

## *Vorbemerkung*

Ich war gebeten worden, dieses Fachgespräch zur Kommunalpolitischen Bildung zu verfolgen und abschließend zu kommentieren, nicht aber im gebräuchlichen Sinne des Wortes zu protokollieren.

Für die Zwecke der Dokumentation liegen sowohl ein Themenüberblick des Impulsreferats als auch die Abschriften aller Stichworte aus den drei Arbeitsgruppen vor. Die drei Arbeitsgruppen sollten jeweils zu Zielen und Aufgaben, Zielgruppen und Formaten diskutieren, was ihnen aber trennscharf nicht möglich war. Ihre Stichworte und Bezüge werden deshalb hier auch in der Zusammenschau betrachtet.

Die Form der „Kommentierung“ erlaubt es mir, aus der breiten und lebhaften Erörterung unter mehr als 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einige Punkte herauszuarbeiten, die aus meiner Sicht immer wieder „angespielt“ wurden und/oder auch, die weiterer Klärung bedürfen. Ich habe mich bei den folgenden knappen Ausführungen bemüht, so nah an den Erörterungen wie irgend möglich zu bleiben, und hoffe, dass damit eine Art „Arbeitspapier“ entsteht, das hoffentlich nützlich ist.

## *BürgerInnen und Politik: ein schwieriges Verhältnis?*

Dieses Thema war im Eingangsimpuls unüberhörbar angeschlagen worden, etwa mit dem Stichwort „Vertrauensverlust“ und auch unter Verweis auf den Stellenwert, den Bürgerbegehren und – Initiativen auch in der öffentlichen Wahrnehmung einnehmen, und zwar speziell im lokalen Raum. Veränderungen im ohnehin nicht einfachen Verhältnis zwischen Bürgern und Politik können die Kommunalen Bildungswerke nicht „kalt“ lassen, deren Aufgabe ja mit der Stärkung der politischen Kultur im kommunalen Raum eng verbunden ist.

In der dem Impulsreferat folgende Erörterung wurde dieser Faden weiter aufgenommen und er spielte auch in den Arbeitsgruppen eine gewisse Rolle.

Aus der Eingangsdiskussion lassen sich eine ganze Reihe von Beiträgen zu einem Eindruck zusammen fassen: es zeichnet sich eine neue Phase im Verhältnis von BürgerInnen und Politik dadurch ab, dass früheres Desinteresse und passives Einverständnis einem zumindest punktuell aktiveren Handeln weicht, das sich oftmals in Diskrepanz zu dem bewegt, was die „Politik“ empfiehlt oder für sinnvoll ansieht.

Vom Grundsatz her wurde aktives, eigenes politisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als direkte Artikulation von Bedürfnissen und Interessen bzw. deren Verletzung oder mangelnde Beachtung im kommunalen Raum begrüßt und müsse

gefördert werden. Dies gelte insbesondere für jene Gruppen innerhalb der Bevölkerung, die bislang über wenig „Stimme“ verfügten.

Zur entscheidenden Frage würde in der Folge, ob und wie sich direktes Engagement und Bürgerbeteiligung und die repräsentative kommunale Politik aufeinander bezögen, ob sie einander ergänzen und voranbringen, oder ob sie sich eher in einem konkurrenzhaften Verhältnis bewegten, in dem die eine Seite die andere zu delegitimieren versuche.

Welche Konsequenzen die Fragestellung für die *Bildungsarbeit*– und speziell für jene der Kommunalen Bildungswerke - haben müsse, hierzu wurden Überlegungen auf einem breiten Spektrum angestellt.

### *Förderung bürgerlichen Engagements als neue Aufgabe?*

In einer ganzen Reihe von Beiträgen wurde für eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch die Bildungswerke und für ihre Öffnung zu Bürgerinitiativen hin plädiert.

Von auf Anlässe bezogene Unterstützung von Partizipation war ebenso wie Rede wie vom Aufsuchen neuer (Ziel-) Gruppen für Bildung. Von Entwicklungen in ihren lokalen Lebensverhältnissen Betroffene müssten „auf Augenhöhe“ einbezogen werden. Eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang sei es, „Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen“.

Vor einem unkritischen Zugehen auf Initiativen wurde allerdings auch gewarnt: man müsse auf die Spannung zwischen Partikularinteressen und den Gesamtinteressen der Stadt acht geben und dürfe vorgesehene Entscheidungsprozesse nicht „aushebeln“.

In der Erörterung steht – so der Eindruck - „Bürgerinitiativen“ allerdings eher beispielhaft für zwei Problemfelder, nämlich (1) für den Wunsch, die Arbeit der Bildungswerke stärker zum städtischen Leben hin zu öffnen und sie mehr als bisher für Bürgerinnen und Bürger und deren Interessen zugänglich zu machen und (2) für die Notwendigkeit, der Kommunalpolitik in Berlin selbst ein deutlicheres, bürgernahes und transparentes Profil zu geben. |

Implizit abgehandelt wird damit auch die Frage nach der *Wirksamkeit* der Arbeit der Bildungswerke.

### *Mitwirkung in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen – wer braucht was?*

Nimmt man die Erörterungen im Plenum und die Kartennennungen aus den Arbeitsgruppen zusammen, dann zeigt sich: Wie – gewissermaßen „normale“ - kommunalpolitische Entscheidungsprozesse *bürgernah* zu gestalten seien, ist ein Anliegen, das viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer umtreibt.

Hierbei zeigen sich drei zentrale Fragen: (1) Wie kann die Kenntnis der BürgerInnen über die Funktionsweise der Kommunalpolitik „vor Ort“ verbessert werden, vor allem auch in Hinblick auf die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten? In diesen Zusammenhang gehört insbesondere in Berlin auch ein Verständnis von den Möglichkeiten und Grenzen kommunalen Handelns, etwa in Abgrenzung zum Land Berlin. (2) Wie kann Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern im normalen politischen Alltag mobilisiert und aktiviert werden? Und (3) Wie können Bevölkerungsgruppen, die bisher wenig „Stimme“ haben, mit der Kommunalpolitik in Beziehung gebracht werden?

Im Hintergrund dieser Anliegen wird eine Sichtweise deutlich, nach der die Kommunalpolitik so etwas sei wie ein weitgehend „unbekanntes Wesen“, das den Bürgerinnen und Bürgern mehr als bisher bekannt und vor allem *vertraut* gemacht werden müsse. „Entfremdung“ zwischen Politik und Bürgerschaft wird hier vor allem auf Wissensdefizite und Institutionenferne zurückgeführt.

Kann von den Kommunalen Bildungswerken erwartet werden, dass sie eine solche *aktivierende Bürgeraufklärung* leisten? Und wie könnten sie dies tun angesichts einer Zielgruppe Bürgerinnen & Bürger, die breiter und unspezifischer nicht sein kann?

Oder hat an dieser Stelle mindestens ebenso Berechtigung, die Frage umzudrehen, wie es im Impulsreferat gemacht wurde? Dort hieß es: „- Welche Kompetenzen benötigen Bürgerinnen und Bürger, die an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mitwirken wollen? Fragen wir besser anders herum!? Welche Kompetenzen benötigt die Kommunalpolitik, um kommunalpolitische Entscheidungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen?“

Es zeigt sich: die Frage nach den *Zielgruppen* der Arbeit der Kommunalen Bildungswerke ist keineswegs banal und ist mit einem unscharfen Ruf nach Öffnung noch nicht beantwortet. Eine Weise der weiteren Klärung besteht darin, sich über Aufgaben und Ziele der Arbeit der Bildungswerke erneut zu verständigen. Hierzu gab es im Fachgespräch viele Anregungen und Hinweise, aber auch ungeklärte Kontroversen.

### *Bildung für Mandatsträger: Welche Bildung?*

In allen drei Arbeitsgruppen rangierten die Mandatsträger als Zielgruppe für die Kommunalen Bildungsträger ganz vorne. Insofern zielt auch die Frage aus dem Impulsreferat ins Zentrum: „Welche Kompetenzen benötigt die Kommunalpolitik, um kommunalpolitische Entscheidungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen?“

Das, was Bildung für Mandatsträger sein oder leisten soll, wird teils traditionell definiert, zum Beispiel im Sinne von „Rüstzeug erwerben und Erfahrungsaustausch“ oder auch in Hinblick auf eine besondere Teilgruppe, nämlich neuer KommunalpolitikerInnen, deren Kompetenzen erweitert und verstärkt werden sollten.

Aber die Blickrichtung für eine Bildung für Mandatsträger wird erweitert, nämlich zu „„Politik“ befähigen für aktive und ernstgemeinte Bürgerbeteiligung“ oder – in eine ähnliche Richtung – aber grundsätzlicher: „Verzahnung zwischen politischem System und Bevölkerung“.

Das Bedürfnis nach einer (noch?) stärker *partizipativen Orientierung* kommunaler Politik und dessen „know-how“ soll demzufolge Einzug in den thematischen Kanon der Bildung für Mandatsträger nehmen. Auch bei der „klassischen“ Zielgruppe wird also über eine thematische Öffnung nachgedacht.

Eine solche thematische Öffnung hat aber offenkundig auch Konsequenzen für die Definition von Zielgruppen: sie kann offenkundig bei den aktuellen Mandatsträgern nicht stehen bleiben – und auch nicht dann, wenn man sich besonders neuen Mandatsträgern zuwendet.

Partizipative Öffnung der Kommunalpolitik als Thema braucht Erfahrung mit und in Beteiligung und Dialog über den Kreis der Mandatsträger hinaus. Eine Orientierung auf Bürgerbewegungen ist vermutlich zu eng und auch zu selektiv, eine Orientierung auf die Bürgerinnen und Bürger allgemein weder zielführend noch praktikabel. Um wen also wäre der Teilnehmerkreis systematisch zu erweitern?

### *Bürgerbewegungen als kommunale Herausforderung & die Bildungswerke als kommunalpolitische Reflexionsorte*

Als Zwischenresumee bleibt festzuhalten: Bürgerbewegungen und Beteiligung sind sich verstärkende Herausforderungen für kommunale Politik. Sie stehen aber zugleich für die kontinuierlichen *Veränderungen*, auf die Kommunalpolitik – möglichst vorausschauend und pro-aktiv – antworten soll und denen sie zugleich auch selbst unterliegt.

Kommunalpolitisches Handeln muss also immer wieder bedacht, Veränderungen und ihre möglichen Konsequenzen müssen reflektiert, Handlungsoptionen und –grenzen durchgespielt werden.

Es bietet sich also an, die Kommunalen Bildungswerke als *kommunalpolitische Reflexionsorte* zu verstehen, also demnach auch als Orte, an denen – fair moderiert – Dialoge ihren Platz haben, in die Mandatsträger einbezogen sind. Aber das Stichwort „Reflexionsort“ kann auch auf diejenigen Bildungsangebote bezogen werden, die gewissermaßen zum Standardrepertoire der Bildungswerke gehören (siehe oben). Auch in ihnen könnte das Nachdenken über Kommunalpolitik neben der Information über sie ein größeres Gewicht erhalten.

Diese Idee des *Reflexionsortes* ist im Laufe des Fachgesprächs in mehreren Varianten aufgetaucht; es würde sich lohnen, dies weiter auszuspinnen. Dass seriöse Reflexion ohne Wissen nicht möglich ist, wird vorausgesetzt, wie das entsprechende Wissen anzueignen ist, ist eine andere Frage.

Insbesondere wäre wichtig zu klären, unter welchen Voraussetzungen dieser Ort für Mandatsträger und ihre möglichen Gesprächspartner als Ort des – auch strittigen – Austausches und des produktiven Dialogs *attraktiv* sein könnten, trotz der vielfältigen alltäglichen und Anforderungen und Belastungen.

Wer aber sollten die Gesprächspartnerinnen und – partner sein? Hierfür kämen vom Grundsatz alle jene infrage, die *bewusst* etwas mit der kommunalen Ebene zu tun haben, also von ihr etwas erwarten, etwas fordern, etwas verhindern möchten, mit ihr in einer politischen oder arbeitsförmigen Beziehung stehen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung von Beteiligung, die sich wie ein „roter Faden“ durch das Arbeitsgespräch zog, wären auch Personen aus diesem Feld wichtige Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner.

### *Anknüpfen an entstehenden kommunalpolitischen Interessen – als eine Zukunftsaufgabe*

Wer aber aus dem breiten Feld von Beteiligung und Bewegung und wer aus dem noch breiteren Bereich derjenigen, die auch heute noch keine „Stimme“ haben, die ausreichend gehört wird, käme für die Teilhabe an der Reflexion vor allem infrage?

Nach dem, was bisher skizziert wurde, wäre es sinnvoll und aussichtsreich – auch im Sinne der generellen Aufgaben der kommunalpolitischen Bildung – jene als eine weitere wichtige Zielgruppe zu gewinnen, bei denen *kommunalpolitische Interessen im Entstehen begriffen sind*. Ganz generell gesprochen, handelt es sich dabei um jene Personen, die die kommunale Handlungsebene entdeckt haben, weil sie ein leitendes Interesse aus einem lokalen Lebenszusammenhang entwickelt haben und dies mit anderen teilen.

Es ist leicht nachvollziehbar, wie wichtig diese „natürlichen leader“, die sich Gedanken machen und etwas tun wollen, für eine lebendige kommunale politische Kultur sind. Ob sie von selbst kommen, wenn es entsprechende Bildungs- und Reflexionsangebote gibt und diese zu ihnen gelangen, oder wie man sich mit ihnen – aufsuchend – in Kontakt setzen muss, ist eine noch weitgehend offene Frage. In den Arbeitsgruppen sind auch hierzu einige Ideen geäußert worden.

Der Vorteil einer solchen Suchbewegung und Einladungsweise wäre, dass am Ende tatsächlich Leute zusammen kommen, die sich etwas zu sagen haben, weil sie etwas erreichen wollen ( und nicht „nur“ Wissen abholen ).

### *Arbeitsteilung und Kooperation*

Dies alles spricht dafür, dass sich die Kommunalen Bildungswerke angesichts der Dynamiken, die das Verhältnis von Bürger und Politik betreffen, nicht für alles und alle zuständig halten, sondern mit einer engeren, wenngleich stärker geöffneten Zielgruppenklärung arbeiten.

Eine solche Feldbeschreibung für die Arbeit der Kommunalen Bildungswerke ist dann gut vertretbar, wenn sie sich als wichtiger Akteur im Rahmen eines *Netzwerks von Bildungseinrichtungen und weiteren lokal tätigen Agenturen* (wie z.B. Quartiersmanagement etc.) sehen. Arbeitsteilung hat nur Sinn, wenn sie verabredet ist, und wenn zugleich Kooperation ergänzt und verbindet. Kooperative Formate in

unterschiedlichen Einrichtungen zu entwickeln, könnte hierbei eine der Optionen sein.

Dieser Pfad sollte auf jeden Fall, auch mit Unterstützung der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, weiter verfolgt werden.

### *Öffnung und Methodenvielfalt: auch für die „klassischen Zielgruppen“*

An verschiedenen Stellen und insbesondere in der entsprechenden Arbeitsgruppe zu „Formaten“ wurden vielfältige Ideen jenseits des klassischen Veranstaltungsangebots geäußert. Vielfach war dies durch den Wunsch motiviert, neue Zielgruppen zu erreichen. Darauf bezogen, war dann vor allem von aufsuchenden oder abholenden Formaten die Rede, auch von „vor Ort gehen“.

Der Vorschlag, aktuelle Themen rasch aufzunehmen, wurde öfters vorgebracht, insbesondere auch unter Bezug auf Veränderungen in lokalen Lebensverhältnissen. Diskursive Formen, wie z.B. Gespräche oder Plattform für Debatten, sollen die Teilnahme auch für einen erweiterten Personenkreis attraktiv machen. „Niedrigschwellige politische Bildung“ gehört in diesen Zusammenhang.

Methodisch müsste dann Berücksichtigung finden, wie eine solche Heterogenität fruchtbar gemacht werden kann. „Begegnungen schaffen“ war in hier ein wichtiges Stichwort. Methodenvielfalt oder auch „experimentelle Methoden“ sind in diesem Zusammenhang gefragt.

Aber auch dann, wenn sich die Bildungsarbeit der Bildungswerke künftig vor allem auf die Mandatsträger und ihre wichtigen lokalen Reflexionspartner und – in einer *moderaten* Öffnung – auf jene Personen mit entstehendem kommunalpolitischen Interesse konzentriert, bleiben die Ideen zur Methodenvielfalt und zur Nutzung aktivierender Methoden richtig. Bildungswerke als „Reflexionsorte“ kommunalpolitischen Handelns brauchen entsprechende Methoden, die Austausch „auf Augenhöhe“ sichern.

### *Rahmenbedingungen*

Schließlich war auch von der besonderen Rolle der Bildungswerke die Rede, die sich u.a. aus ihrer Beziehung zu den politischen Parteien und zu den Kriterien ihrer Förderung ergibt. Es gab Äußerungen zu Leistungen und Leistungsfähigkeit der Bildungswerke, insbesondere auch in Hinblick auf ihre Budgets und ihre Abhängigkeit auch vom ehrenamtlichen Engagement.

Vieles von dem, was im Rahmen des Arbeitsgesprächs als wünschenswerte Weiterentwicklung der Bildungsarbeit angesprochen wurde, hängt in der Umsetzung

nicht primär von den Rahmenbedingungen ab. Diese limitieren aber natürlich das mögliche Leistungsspektrum der Bildungswerke und damit auch jegliches „Wunschkonzert“. Über die Rahmenbedingungen ist man, wenn ich das richtig verstanden habe, in fortlaufenden Gesprächen.

Die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen aber legt insbesondere nahe, sich aktiv und produktiv verstärkt in einen Zusammenhang von Arbeitsteilung und Kooperation einzuordnen und damit zugleich auch das eigene Profil zu schärfen.